

**Elke Ferner** (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wenn man Herrn Schneider zuhört, kann man fast den Eindruck bekommen, die Linke macht Politik nach dem Motto „Im Himmel ist Jahrmarkt“, egal wie und von wem es bezahlt werden muss.

(Andrea Nahles (SPD): Genau! - Widerspruch der Abg. Dr.  
Barbara Höll (DIE LINKE))

Ich möchte daran erinnern, dass der **Beschluss des Parteipräsidiums** der SPD vom vergangenen Montag nichts Neues enthält. Er basiert in allen Punkten auf dem, was von einer Arbeitsgruppe, die der Kollege Ludwig Stiegler und ich im letzten Jahr geleitet haben und deren Ergebnisse dem Hamburger Parteitag vorgelegt wurden, vorgeschlagen wurde. Wer sich die Mühe gemacht hätte, diesen Bericht zu lesen, hätte feststellen können, dass keine neue Erkenntnis, initiiert durch die Linkspartei oder andere Parteien, aufgenommen worden ist; denn die Willensbildung in der SPD findet immer noch in der SPD und nicht in anderen Parteien statt.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt, den man in dieser Debatte hervorheben muss, ist, dass sich die **Beschäftigungsquote** der älteren Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen - darauf hat der Kollege Brauksiepe eben hingewiesen - deutlich verbessert hat.

(Volker Schneider (Saarbrücken) (DIE LINKE): Auch für die  
über 60-Jährigen?)

Ich muss aber sagen, dass ich mich in der Summe mit einem Anteil von 52 Prozent, mit dem die Lissabonstrategie gerade so erfüllt wird, nicht zufrieden gebe. Wir brauchen eine entsprechende Quote durchgängig in allen Altersgruppen. Da ist noch einiges zu tun.

In dieser Debatte, in der wir über Anträge zur Altersteilzeit sprechen, muss man das Thema komplexer behandeln, als es in Teilen angelegt worden ist. Es kann nicht vorrangig das Ziel sein, Menschen frühzeitig in Rente zu schicken.

(Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das haben Sie doch gerade beschlossen!)

Das Ziel muss vielmehr sein, Menschen, solange es geht, im Erwerbsprozess halten zu können. Das geht aber nicht, indem man sozusagen hinten ansetzt. Man muss ein ganzes Erwerbsleben lang dafür sorgen, dass die **Arbeitsbedingungen** human, alters- und altersgerecht sind und dass vor allen Dingen keine Dequalifizierung im Laufe des Erwerbsprozesses stattfindet. Das ist bei uns in Deutschland leider noch der Fall.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Warum machen Sie mit Ihrer Politik das Gegenteil?)

- Stellen Sie Zwischenfragen, Frau Kollegin, und schreien Sie nicht so durch die Gegend!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Volker Schneider (Saarbrücken) (DIE LINKE): Jetzt klatschen die, die vorhin gebrüllt haben!)

Bei der betrieblichen **Weiterbildung**, aber auch bei der notwendigen außerbetrieblichen Weiterbildung haben wir noch viel zu tun. Wenn ich mir anschaue, wie wenig Menschen über 50 bzw. 55 Jahre überhaupt noch an betrieblicher Weiterbildung partizipieren können - im Übrigen können Frauen in deutlich geringerem Umfang an betrieblicher Weiterbildung partizipieren -, so muss ich feststellen, dass hier noch einiges zu tun ist. Dequalifizierung kann sich unsere Wirtschaft gerade vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft nicht leisten.

Ein weiteres Thema, das in diesem Zusammenhang natürlich zu berücksichtigen ist, ist die Tatsache, dass es selbst bei allgemein sehr humanen Arbeitsbedingungen und Besserqualifizierung in Zukunft - heute im Übrigen auch - immer Menschen geben wird, die unter sehr schweren Bedingungen arbeiten müssen - ob das im Baugewerbe, im Bergbauzulieferbereich, im Stahlbereich oder in der Automobilindustrie ist. Ich nenne aber ausdrücklich beispielsweise auch die

Krankenschwestern in den Krankenhäusern und die Altenpflegerinnen in den Pflegeheimen im Wechseldienst, die teilweise unter körperlich und psychisch sehr anstrengenden **Belastungen** ihre Arbeit verrichten müssen und die heute die Regelarbeitsgrenze von 65 Jahren nicht gesund oder kaum gesund erreichen können. Auch darauf brauchen wir Antworten.

Ich glaube aber nicht, dass die **frühere Frühverrentungspraxis** die richtige Antwort darauf ist. Die frühere Frühverrentungspraxis, an der im Übrigen auch Sie, Herr Kolb, bzw. damals Ihre Partei in Regierungsverantwortung beteiligt waren,

(Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Mea culpa! Man muss aus seinen Fehlern lernen, Frau Ferner! Das ist die Herausforderung!)

hat in erster Linie dazu geführt, dass sich große Betriebe ihren Personalabbau über öffentliche Systeme mitfinanzieren lassen konnten und die kleineren Betriebe, obwohl sie dies mitbezahlt haben, mit ihren Problemen alleingelassen wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Dies hat leider zu einer Mentalität geführt, die bewirkt hat, dass in vielen Betrieben kaum Beschäftigte über 50 Jahre zu finden sind. Das ist leider ein Ergebnis der Frühverrentungspraxis der 70er- und insbesondere der 80er-Jahre. Ich glaube nicht, dass das ein Zukunftsmodell sein kann.

Bei dem Punkt, der jetzt zur Diskussion steht, bei der Frage der Altersteilzeit, sollte man, Herr Kollege Schneider, ein Stück weit ehrlich sein. Sie haben eben wider besseres Wissen behauptet, dass die Altersteilzeit ausläuft; das kann man ja im Protokoll nachlesen. Die Altersteilzeit läuft aber nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Altersteilzeit ist nach wie vor auch nach dem 31. Dezember 2009 möglich. Sie wird auch gefördert - zwar nicht über die BA, aber über die Steuer- und Sozialversicherungsfreiheit der Aufstockungsbeträge.

Die Frage, über die wir jetzt zu diskutieren haben, ist, ob auch die **BA-geförderte Altersteilzeit** zwangsläufig, wie es im Moment Gesetzeslage ist, auslaufen muss oder ob es, Herr Brauksiepe, nicht auch gute Gründe gibt, vielleicht doch eine zumindest eingeschränkte Weiterförderung durch die BA bei Inanspruchnahme von Altersteilzeit zu gewährleisten. Ich nenne Ihnen einen guten Grund. Dazu können Sie sagen, er sei Ihnen nicht gut genug. Es geht hier nicht um Wahltermine oder sonst irgendetwas, sondern darum, beispielsweise dafür zu sorgen, dass junge Menschen, junge Männer und Frauen, die ihre Ausbildung in einem staatlich anerkannten Ausbildungsberuf erfolgreich absolviert haben, in Beschäftigung kommen können. Wir alle kennen doch die Situation der jüngeren Generation, die nach der Ausbildung in unbezahlten Praktika, mit befristeten Verträgen usw. mehr schlecht als recht über die Runden kommen muss.

Ich finde, dass es ein durchaus gutes Argument ist, noch einmal darüber nachzudenken, ob man die durch die BA geförderte Altersteilzeit nicht auch in Zukunft gewährleisten kann. Wir bauen über diese Regelung Brücken für die Jungen in das Erwerbsleben, und wir bieten den Älteren, die aus welchen Gründen auch immer nicht mehr vollschichtig oder nicht mehr so lange arbeiten wollen oder können, eine flexiblere Brücke vom Erwerbsleben in die Altersphase.

(Beifall bei der SPD)

Die **Teilrente**, die auch von Herrn Schneider kritisiert worden ist, halte ich für durchaus diskussionswürdig. Wir schlagen vor, bereits ab dem 60. Lebensjahr einen Teilrentenbezug zu ermöglichen, wenn der Teilrentenbezug nachher nicht zur Bedürftigkeit führt. Sie haben nur die Hälfte dessen genannt, was in dem Beschluss steht. Sie haben nicht gesagt, dass die Arbeitgeber verpflichtet werden sollen, die Beträge aufzustocken, die aufgrund des Abschlages bei einer Teilrente in Kauf genommen werden müssen. So soll verhindert werden, dass bei einem normalen Rentenbezug im Alter die Grundsicherung in Anspruch genommen werden muss. Das Teilzeitbeschäftigungsverhältnis muss natürlich sozialversicherungspflichtig sein, weil von Teilrente - das wissen wir alle - niemand leben kann und durch das

Fortbestehen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung Rentenansprüche erworben werden.

Wir glauben, dass man mit diesen Maßnahmen und der Anhebung bzw. Aufhebung der **Zuverdienstgrenze** einen flexibleren Übergang in die Altersrente als bisher ermöglichen kann. Das Thema **Insolvenzversicherung der Lebensarbeitszeitkonten** gehört auch in diesen Zusammenhang. Man muss auch über Instrumente wie **Zusatzbeiträge** nachdenken können. Ich glaube, dass es dafür in diesem Haus durchaus Mehrheiten gibt.

Abschließend möchte ich sagen, dass wir auch für diejenigen nach einer Lösung suchen, die zwar nicht so stark eingeschränkt sind, dass sie eine Teil- oder Vollerwerbsminderungsrente beziehen können, aber trotzdem nur noch leichte Tätigkeiten ausüben können. Es darf nicht sein, dass das Arbeitsmarktrisiko bei diesen Menschen voll hängen bleibt.

(Beifall der Abg. Andrea Nahles (SPD))

Auch dazu werden wir im Herbst Vorschläge machen, und zwar nicht nach dem Motto „Im Himmel ist Jahrmarkt“, sondern nach dem Motto „Was ist realisierbar und finanzierbar?“.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)